

# Niederschrift HFA/044/2009

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine  
am 03.02.2009

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

## Anwesend als

### Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

### Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

**Vertreter:**

Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Rainer Ortel
Herr Johannes Havers	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Vertretung für Frau Marianne Helmes

**Verwaltung:**

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütke-meier	Kämmerer
Herr Raimund Hötker	Fachbereichsleiter FB 8
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Herr Reinhold Künstler	Fachbereichsleiter FB 3
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Karl-Heinz Ottenhus	Leiter Örtliche Rechnungsprüfung Anwesend bis TOP 4 18:08 Uhr
Herr Günter Strauch	Projektmanagement
Herr Jürgen Grimberg	Gebäudemanagement Anwesend bis TOP 5 18:37 Uhr
Herr Volkmar Löckemann	Fachbereich 4 Anwesend bis TOP 5 18:37 Uhr
Frau Christiane Torheiden	Fachbereich 4 Anwesend bis TOP 5 18:37 Uhr
Frau Gela Stiepel	Fachbereich 7
Herr Michael Vogelsang	Schriftführer

**Entschuldigt fehlten:****Mitglieder:**

Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

**Öffentlicher Teil:****1. Niederschrift Nr. 43 über die öffentliche Sitzung am 13.01.2009**

0:01

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

**2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 13.01.2009 gefassten Beschlüsse**

0:02

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

**3. Informationen**

0:02

**3.1. Antrag der Fraktion B90 / Die Grünen bezüglich einer Werbeabgabe**

Frau Dr. Kordfelder informiert über den in der Ratssitzung am 09. Dezember 2008 gestellten Antrag der Fraktion B90 / Die Grünen bezüglich einer Werbeabgabe und verweist auf den der Einladung beigefügten Vermerk.

### 3.2. **Konjunkturpaket II** **- Ergebnisse des Abstimmungsgesprächs zwischen der Landes-** **regierung und den kommunalen Spitzenverbänden am 29. Ja-** **nuar 2009**

Herr Lütkemeier informiert über die Ergebnisse des Abstimmungsgesprächs zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden am 29. Januar 2009 und verliest folgende Information:

Das Bundeskabinett hat am 27. Januar 2009 im Rahmen des Konjunkturpakes II den Entwurf des Zukunftsinvestitionsgesetzes und der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung beschlossen.

NRW erhält aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) 2,133 Mrd. €

Zur Umsetzung dieses Gesetzes hat sich die nordrhein-westfälische Landesregierung am 30. Januar 2009 mit den kommunalen Spitzenverbänden auf einen „**Zukunftspakt für die Kommunen**“ verständigt.

Für Nordrhein-Westfalen stehen hierdurch 2009 und 2010 insgesamt **2,844 Mrd. €** an zusätzlichen Investitionsmitteln zur Verfügung.

Das sind 711 Mio. €

oder gut 33 % und damit deutlich mehr als die vom Bund geforderten 25 %!

Dieser Betrag von 711 Mio. € wird vom Land und den Kommunen gemeinsam getragen.

#### **Verteilung der Mittel**

Von dem Gesamtbetrag von 2,844 Mrd. € werden den **Kommunen 2,380 Mrd. €** oder 83,68 % zur Verfügung gestellt.  
 Das ZuInvG sieht lediglich eine Quote von 70 % vor.

Das **Land** verwendet die weiteren 464 Mio. € für die energetische Sanierung der Hochschulen.

Für die Verteilung der Mittel gelten die Vorgaben des ZuInvG:

1. **65 % für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur = 1,345 Mrd. €**

Es ist vorgesehen, diesen Betrag wird über eine modifizierte Bildungspauschale auf die Kommunen zu verteilen. Die Modifizierung betrifft die (in der Bildungspauschale nicht vorgesehene) zahlenmäßige Berücksichtigung von Ersatzschulen. Dabei haben die Kommunen auch die **Weiterbildungseinrichtungen und die Ersatzschulen angemessen zu berücksichtigen.**

Nach der inzwischen vorliegenden ersten Modellrechnung des Landes erhält die **Stadt Rheine für den Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur rd. 7,8 Mio. €.**

Nach § 3 Abs. 1 Ziffer 1 ZuInvG sind diese Mittel für folgende Investitionen vorgesehen:

- Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur
- Schulinfrastruktur (insbesondere energetische Sanierung)
- Kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung (insbesondere energetische Sanierung)

**2. 35 % für Investitionsschwerpunkt Infrastruktur  
= 995 Mio. €**

abzüglich für Investitionen im **Krankenhausbereich  
verbleiben für die Kommunen**

170 Mio. €  
**825 Mio. €**

Die **Breitbandverkabelung** im ländlichen Raum ist Teil dieses Investitionsschwerpunktes!

Es ist vorgesehen, 50 % dieses Betrages (412,5 Mio. €) nach Kriterien der allgemeinen Investitionspauschale (70 % Einwohner, 30 % Fläche) und 50 % nach den Kriterien des Schlüsselzuweisungssystems auf die Kommunen zu verteilen.

Nach der inzwischen vorliegenden ersten Modellrechnung des Landes erhält die **Stadt Rheine für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur rd. 3,2 Mio. €.**

Nach § 3 Abs. 1 Ziffer 2 ZuInvG sind diese Mittel für folgende Investitionen vorgesehen:

- Städtebau (ohne Abwasser und ÖPNV)
- ländliche Infrastruktur (ohne Abwasser und ÖPNV)
- kommunale Straßen (beschränkt auf Lärmschutzmaßnahmen)
- Informationstechnologie
- sonstige Infrastrukturmaßnahmen

**Insgesamt erhält die Stadt Rheine Mittel in Höhe von rd. 11 Mio. €!**

### **Zuweisung und Auszahlung der Mittel**

Die Mittel werden den Kommunen **als pauschale Budgets zugewiesen**. Die **Auszahlung** kann aufgrund der Vorgaben des Bundes erst **sukzessive** in dem Umfang erfolgen, in dem Zahlungen (bezogen auf die konkreten Projekte) erforderlich werden. Angedacht ist hier eine quartalsweise Dokumentation, die Basis für die Auszahlung sein soll.

### **Finanzierung des Eigenanteils**

Der von Land und Kommunen gemeinsam zu erbringende Eigenanteil am Investitionsprogramm beträgt **711 Mio. €**. Die Bereitstellung erfolgt zunächst **über einen vom Land aufgelegten Fonds**. Dieser soll voraussichtlich ab 2012 abfinanziert werden.

Auch die **Kommunen werden an der Abfinanzierung dieses Fonds beteiligt**. Man hat sich auf folgendes verständigt:

Das Land erbringt vorab 25 % hinsichtlich des auf die Hochschulen entfallenden Anteils (464 Mio. € x 25 %) = 116 Mio. €. Die verbleibenden 595 Mio. € werden hälftig zwischen Land und Kommunen geteilt. Für die Kommunen ergibt das einen Finanzierungsanteil von **297,5 Mio. € zzgl. Zinslasten**.

Dieser Eigenanteil soll **durch Abzüge bei den Investitionspauschalen in den GFG** ab 2012 für die Dauer von 10 Jahren erbracht werden. **Das ist der kommunale Eigenanteil**.

#### **Weiterhin offene Fragen**

- Definition des Merkmals „zusätzlich“
- Aus-/Festlegung des Investitionsbegriffs
- Konkretisierungen zu den Förderbereichen

Zur Klärung dieser und/oder noch anderer Fragen wird kurzfristig eine **Task Force** unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände eingerichtet, die insbesondere auch Handreichungen zu der Förderfähigkeit einzelner Maßnahmen entwickeln soll.

#### **Vorbehalt**

Diese Informationen, insbesondere zur Höhe der Mittel, stehen unter dem Vorbehalt, dass auf Bundes- und Landesebene in den kommenden Wochen die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.

Ergänzend teilt Herr Lütke-meier mit, dass die Städte und Gemeinden im Kreis Steinfurt insgesamt rund 52,5 Mio. € und der Kreis Steinfurt rund 7,5 Mio. € über diesen Fördertopf erhielten.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

#### **4. Kostensteigerung zur Sanierung der Rathausfassade - Antrag der CDU-Fraktion vom 21. Januar 2009 Vorlage: 073/09**

0:12

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Kohnen einleitend, dass sie bedaure und kein Verständnis dafür habe, dass Informationen zu den enormen Mehrkosten für die notwendige Renovierung der Rathausfassade in die Öffentlichkeit gelangten. Dafür sei die CDU-Fraktion nicht verantwortlich. Aufgrund dieser Indiskretion habe die CDU-Fraktion die Bürgermeisterin um eine persönliche Stellungnahme sowie Klärung des Sachverhaltes unter verschiedenen Gründen gebeten.

Frau Dr. Kordfelder bringt zum Ausdruck, dass auch die Verwaltung den aktuellen Zustand und die öffentlichen Diskussionen bedaure zumal man sich im schwebenden Vergabeverfahren befinde. Die öffentliche Diskussion könne man im Kern auf einen Informationsmangel, an die Politik zum Zeitpunkt der Vorbereitung der Ausschreibung, konzentrieren. Den Informationsmangel rüge die Politik zu Recht.

Frau Dr. Kordfelder sowie Herr Kuhlmann geben folgende Stellungnahme ab:

Wie im Rahmen der Fraktionsvorsitzendenbesprechung, des Bauausschusses berichtet und wie der Presse zu entnehmen war, liegt zwischen der internen Kostenschätzung aus April 2008 und dem Ergebnis der Submission im Dezember 2008 eine Differenz von rd. 1,25 Mio. €.

Diese Abweichung ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen.

1. Bei der Erstellung des Leistungsverzeichnisses für die Ausschreibung wurde im Oktober 2008 im Fachbereich festgestellt, dass in der seinerzeit vom beauftragten Fachingenieurbüro erstellten Kostenermittlung nicht die gesamte Fensterfassadenfläche berücksichtigt worden ist, obgleich dies Gegenstand des Auftrages war. Gegenüber der ursprünglichen - internen - Kostenschätzung musste dieser Punkt folglich für die Ausschreibung ergänzt werden. In der Summe ging es um einen Betrag von rd. 400.000 €.

Es ist mir an dieser Stelle wichtig zu betonen, dass die Ausschreibung mit detailliertem und korrektem Leistungsverzeichnis erstellt worden ist und das jetzt erhaltene Ergebnis alle fachlich notwendigen Maßnahmen der Fassadensanierung umfasst. Der Fehler, die Nichtberücksichtigung von Fensterfassadenflächen durch den Gutachter, ist vor der Ausschreibung aufgefallen. Es hat deshalb zu keinem Zeitpunkt eine unvollständige oder fehlerhafte Ausschreibung gegeben.

Berechtigte Kritik ist zu üben an der verwaltungsinternen Anpassung der Kostenschätzung, ohne diese Abweichung im Vorstand oder im zuständigen Ausschuss zu kommunizieren. Es wäre zu diesem Zeitpunkt notwendig gewesen, die Verwaltungsführung zu informieren, um dort im Verwaltungsvorstand über das weitere Vorgehen entscheiden zu können. Aus meiner Sicht hätte bei der in Rede stehenden Summe eine solche Information an die Politik erfolgen müssen.

Zu keiner Zeit hat es nach meiner festen Überzeugung eine vorsätzliche Fehlinformation gegeben.

2. Weitere Abweichungen von den internen Annahmen aus April 2008 sind dem Umstand geschuldet, dass die ausgeschriebenen Fenster einen geringeren Wärmedurchgangskoeffizienten aufweisen. Es sind also Fenster mit besseren Wärmedämmeigenschaften ausgeschrieben worden, um die Werte der EnEV für das Jahr 2009 im Gesamtwert zu erreichen - Mehrkosten für diese Optimierung etwa 70.000 €. Ich halte diesen Punkt für sinnvoll und die Mehraufwendungen für folgerichtig.

3. Die weitere Erhöhung im Ausschreibungsergebnis von knapp 560.000 € für die Fassade und Heizungsbrüstung ergab sich aus dem Umstand, dass zum Zeitpunkt der Ausschreibung – also in der Zeit von Oktober 2008 bis Dezember 2008 - am Markt kein günstigeres Angebot erzielt werden konnte. Auch wenn letztendlich von hier nicht beurteilt werden kann, warum diese Ausschreibungen so ausgefallen sind, ist zu vermuten, dass die zurzeit herrschende Marktlage realistisch abgebildet worden ist. Die Unternehmen sind zurzeit sehr gut mit Aufträgen versorgt, so dass keine „Kampfpreise“ oder „Dumpingangebote“ verfügbar sind. Dieser Punkt war aus damaliger Sicht nicht absehbar. Insbesondere der Gutachter hat hier eine eindeutige – leider falsche – Expertise abgegeben.
  
4. Aufgrund der aktuellen Kostenschätzung eines beauftragten Fachingenieurs für die Elektroplanung ist davon auszugehen, dass die Kosten für die erforderlichen Elektroarbeiten um ca. 90.000 Euro steigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Zusatzarbeiten notwendig werden sowie der zeitliche Aufwand für die Demontage/Montage der in der Heizungsbrüstung verlaufenden Verkabelungen zu modifizieren ist. Bisher nicht berücksichtigte Anpassungsarbeiten im Heizungssystem führen zu Kosten in Höhe von ca. 26.000 €. Für Ingenieur- und Sicherheitskoordinationsleistungen sind 50.000 Euro zu kalkulieren.  
(Diese Leistungen wurden bisher nicht ausgeschrieben.)

Zusammenfassend ist deshalb festzuhalten, dass:

1. der Stadt Rheine keinerlei materieller Schaden entstanden ist,
2. die Ausschreibungsergebnisse und weiteren Kostenschätzungen das widerspiegeln, was zurzeit die Sanierung am Markt kostet,
3. eine Fehlleistung der Verwaltung darin liegt, dass der zuständige Fachbereich glaubte, ohne eine Information der Verwaltungsführung und Politik ein modifiziertes Leistungsverzeichnis erstellen zu können, weil er - bestätigt durch den Gutachter – eine Kompensation im Rahmen des Ausschreibungsergebnisses erwartete.

Eine solche Fehlleistung ist für die Zukunft abzustellen. Zwar hat die Stadt Rheine sich an dieser Stelle durch einen Fachgutachter beraten lassen. Zukünftig werden solche Gutachten einer erneuten, verdichteten Plausibilitätsüberprüfung unterzogen.

Festzuhalten ist, dass es sich bei dieser Angelegenheit um einen Einzelfall handelte.

Fest steht weiter, dass die Kommunikation zwischen Fachbereichsleitung und Verwaltungsvorstand in solchen Fällen zu verbessern ist, um an dieser Stelle weiterhin mit der Politik vertrauensvoll zusammenarbeiten zu können. Die Stadt Rheine wird in diesem Zusammenhang verwaltungsintern eine Optimierung der Informationsverpflichtung und ein projektbezogenes Berichtswesen festlegen.

Die Zusammenarbeit mit dem beauftragten Gutachter wird überprüft.

Über die Ausschreibung wird in nicht-öffentlicher Sitzung des Bauausschusses am 05.02.2009 politisch entschieden.

### **Chronologie Rathausfassade seit dem Beschluss über die Umsetzung**

10. April 2008	Grundsatzbeschluss über die Umsetzung der Rathausfassade
Kostenschätzung:	2.135.000,00 € ggf. zuzüglich 70.000,00 € für Fensterglas mit einem U-Wert von 0,5 nach gesetzlichem Standard ENEC 2009 (bezogen auf Gesamtfassade)
Mai bis September 2008	Erstellung der Ausführungsplanung und Ausschreibung durch das Büro Dreising, Vorgabe an das Büro: Das Erdgeschoss wird nicht ausgeschrieben, weil die Stadt Rheine aufgrund der Eigentumsverhältnisse hier keine Zuständigkeit hat. Es gab verschiedene Kontakte des projektsteuernden Ingenieurs der Stadt mit dem Büro.
September / Oktober 2008	Erkenntnis des Büros, dass die Flächen des 1. Obergeschosses in der Massenermittlung nicht enthalten waren. Korrektur erforderlich.  Gleichzeitig erfolgt Mitteilung des Büros, dass es gute Aussichten gibt, aufgrund der stattgefundenen Submissionen bei anderen Baumaßnahmen des Büros diese Differenzkosten aufzufangen.
27. Oktober 2008	Veröffentlichung der Ausschreibung
9. Dezember 2008	Submission
10. Dezember bis Ende Dezember 2008	Erarbeitung einer Kostenfortschreibung unter Berücksichtigung des Submissionsergebnisses und der weiteren Erkenntnisse anderer Fachingenieure (Heizung, Elektro), Diskussion im Hause mit verschiedenen Fachdienststellen über das weitere Vorgehen (Aufhebung der Ausschreibung?)
05. Januar 2009	erster Bericht im Verwaltungsvorstand
12. Januar 2009	Unterrichtung der Fraktionsvorsitzenden

15. Januar 2009

erste Beratung im Bauausschuss

Nach einer ausgiebigen Diskussion an der sich alle anwesenden Fraktionen beteiligen wird Kenntnisnahme festgestellt.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**5. Der Gesamtabchluss - Ziele, Umsetzungsschritte, Anforderungen**  
**Vorlage: 053/09**

00:59

Herr Lütke-meier informiert zur Vorlage.

Die Herren Koch und Gehrke von der WIBERA AG stellen die wesentlichen Punkte zu dieser Thematik anhand der Niederschrift als Anlage 1 beigefügten Powerpointpräsentation vor.

**Beschluss:**

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Sachdarstellung und Präsentation zum Gesamtabchluss zur Kenntnis.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Einrichtung einer neuen Stelle „NKF-Gesamtabschluss“ im Stellenplan des Fachbereiches 4 – Finanzen und die unverzügliche externe Ausschreibung dieser Stelle.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Werbung auf städt. Grundstücken - neues Werbekonzept mit der Vertragspartnerin, Fa. Ströer - Deutsche Städte Medien**  
**Vorlage: 054/09**

1:32

Herr Lütke-meier verweist auf die vorherigen Beratungen zu dieser Thematik und erläutert die Vorlage.

Herr Niehues bedankt sich für die Erarbeitung dieser Vorlage und bittet den nichtöffentlichen Vermerk zur Werbung auf städtischen Grundstücken als Anlage der Niederschrift beizufügen. Darüber hinaus möge die Verwaltung, rechtzeitig, vor Ablauf der Kündigungsfrist, über die Weiterführung des bestehenden Vertrages zur Beratung dem Haupt- und Finanzausschuss oder Rat vorlegen.

Der CDU-Fraktion sei es wichtig, dass die ebenfalls durch die Firma Ströer betreuten privaten Flächen mit in die Pflege einbezogen würden. Eine Ausweitung von Werbung auf privaten Flächen müsse vermieden werden, so Herr Niehues abschließend.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Anbringung von folgenden Werbemedien auf städtischen Grundstücken durch die Fa. Ströer wird zugestimmt:  
  
bis zu 45 Werberahmen (**Moskitos**) an Schaltschränken auf städt. Grundstücken für gewerbliche Werbung  
  
bis zu 260 **Kandelaber** (Wechselrahmen) an Straßenlaternen (entsprechend Anlage 1)
  - davon ca. 200 Kandelaber für gewerbliche Werbung durch die Fa. Ströer
  - davon ca. 60 Kandelaber für Kultur- und Stadtmarketingwerbung der Stadt Rheine, des Verkehrsvereins und der Kloster Bentlage gGmbH.
2. Dem Verkehrsverein Rheine wird zusätzlich und ausschließlich für Kultur- und Stadtmarketingwerbung der Stadt und der Kloster Bentlage gGmbH die Aufstellung von bis zu 40 der heute bereits eingesetzten Dreieckständer gestattet. Die Aufstellung, Bestückung, Entfernung und Einlagerung der Dreieckständer erfolgt durch und auf Kosten des Verkehrsvereins Rheine.
3. Auf städt. Grundstücksflächen werden andere Werbemaßnahmen und –medien nicht mehr gestattet. Die Fa. Ströer wird ermächtigt, jegliche andere Werbung und Werbemedien auf städt. Grundstücken zu entfernen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden vertraglichen Regelungen als Ergänzung des bestehenden Vertrages mit der Fa. Ströer zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Einwohnerfragestunde**

1:44

Da es inzwischen 19:00 Uhr geworden ist, ruft Frau Dr. Kordfelder den o. g. Tagesordnungspunkt auf.

Es folgen keine Wortmeldungen.

**7. Entwicklung von Stadtmarketing - Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel  
Vorlage: 070/09**

1:44

Herr Weber erläutert ausführlich die Vorlage.

Herr Niehues informiert, dass seine Fraktion heute keinen Beschluss fassen könne. Es seien noch einige Fragen zu klären. Frau Rudolff vom Verkehrsverein Rheine sowie Herr Weber vom Pressereferat seien zur Vorberatung zu einer der nächsten Fraktionssitzungen eingeladen.

Nach einer kurzen Aussprache aller Fraktionen lässt Frau Dr. Kordfelder über den Antrag der CDU-Fraktion über die Vertagung abstimmen.

**Beschluss:**

Die Vorlage gilt als eingebracht und wird auf die Tagesordnung zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Beratung Stellenplan 2009, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung  
Vorlage: 062/09**

2:00

Herr Künstler erläutert die Vorlage und bittet um Zustimmung.

Für die CDU-Fraktion teilt Herr Niehues mit, dass seine Fraktion die Veränderungen nachvollziehen könne. Da der Mehraufwand nur spekulativ geschätzt werden könne, beantragt er, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, lediglich eine Stellenausweitung in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Die SPD-Fraktion sowie die Fraktion B90/Die Grünen signalisieren Zustimmung zum von der Verwaltung erarbeiteten Beschlussvorschlag.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

11	Ja-Stimmen
5	Nein-Stimmen
3	Enthaltungen

Der Änderungsantrag ist somit mehrheitlich beschlossen.

Sodann lässt Frau Dr. Kordfelder über den vorgelegten Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung abstimmen.

**Beschluss:**

Der Haupt und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den folgenden Stellenplan des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung-, in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

**Stellenplan 2009  
Fachbereich 3 "Recht und Ordnung"**

**Beamte**

BesGrp	Soll 2008	tatsächlich besetzt am 30.06.2008	Soll 2009 -HFA 14.10.08-	Soll 2009 -neu-	Veränderung 2008 zu 2009
B 7					
B 3					
B 2					
A 16					
A 15					
A 14					
A 13 hD					
A 13 gD					
A 12	4,00	4,00	3,00	3,00	-1,00
A 11	3,00	3,00	3,00	3,00	
A 10	7,00	7,00	8,00	8,00	+1,00
A 9 gD					
A 9 mDZ	0,78	0,78	0,78	0,78	
A 9 mD	6,00	6,00	6,00	6,00	
A 8	17,23	17,23	17,98	17,98	+0,75
A 7	33,25	33,25	32,50	32,50	-0,75
A 6					
<b>Σ</b>	<b>71,26</b>	<b>71,26</b>	<b>71,26</b>	<b>71,26</b>	

**tariflich Beschäftigte**

EG	Soll 2008	tatsächlich besetzt am 30.06.2008	Soll 2009 -HFA 14.10.08-	Soll 2009 -neu-	Veränderung 2008 zu 2009
15	2,00	2,00	2,00	2,00	
14					
13					
12					
11					
10					
9	6,74	6,74	6,74	6,74	
8	6,02	6,02	6,02	7,02	+1,00
7					
6	3,50	3,00	3,76	3,76	+0,26
5	1,66	1,58	1,40	1,40	-0,26
4					
3					
2					
1					
<b>Σ</b>	<b>19,92</b>	<b>19,34</b>	<b>19,92</b>	<b>20,92</b>	<b>+1,00</b>

**Veränderung gesamt 1,00**

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

**9. Beratung Stellenplan 2009, Fachbereich 4 - Finanzen**  
**Vorlage: 048/09**

2:09

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Stellenplan des Fachbereiches 4 - Finanzen in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

**Stellenplan 2009**  
**Fachbereich 4 - Finanzen**

**Beamte**

BesGrp	Soll 2008	tatsächlich besetzt am 30.06.2008	Soll 2009 -HFA 14.10.08-	Soll 2009 -neu-	Veränderung 2008 zu 2009
B 7					
B 3					
B 2					
A 16					
A 15					
A 14	1,00		1,00	1,00	
A 13 hD		1,00			
A 13 gD	1,00		1,00	1,00	
A 12	1,00	2,00	1,00	1,00	
A 11	2,00	2,00	2,00	2,00	
A 10					
A 9 gD					
A 9 mDZ					
A 9 mD					
A 8	5,50	4,50	5,50	5,50	
A 7					
A 6	1,00	2,00	1,00	1,00	
<b>Σ</b>	<b>11,50</b>	<b>11,50</b>	<b>11,50</b>	<b>11,50</b>	

**tariflich Beschäftigte**

EG	Soll 2008	tatsächlich besetzt am 30.06.2008	Soll 2009 -HFA 14.10.08-	Soll 2009 -neu-	Veränderung 2008 zu 2009
15					
14					
13					
12					
11	2,00	1,00	2,00	3,00	+1,00
10	1,00	1,00	1,00	1,00	
9	2,50	1,50	2,50	2,50	
8	6,40	7,40	7,40	7,40	+1,00
7					
6	3,00	2,00	2,00	2,00	-1,00
5					
4					
3					
2					
1					
<b>Σ</b>	<b>14,90</b>	<b>12,90</b>	<b>14,90</b>	<b>15,90</b>	<b>+1,00</b>

**Veränderung gesamt 1,00**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## 10. Beratung Stellenplan 2009, Fachbereich 7 - Interner Service Vorlage: 041/09

2:12

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Stellenplan des Fachbereiches 7 - Interner Service mit folgenden Änderungen in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

### Stellenplan 2009 Fachbereich 7 - Interner Service

**Beamte**

BesGrp	Soll 2008	tatsächlich besetzt am 30.06.2008	Soll 2009 -HFA 14.10.08-	Soll 2009 -neu-	Veränderung 2008 zu 2009
B 7					
B 3					
B 2					
A 16					
A 15	0,65	0,65	0,65	0,65	
A 14	1,00	1,00	1,00	1,00	
A 13 hD	0,87		0,87	0,87	
A 13 gD	1,00	1,00	1,00	1,00	
A 12	2,50	2,50	2,50	2,50	
A 11	3,59	2,93	3,80	3,80	+0,21
A 10	1,00	1,00	1,00	1,00	
A 9 gD	5,00	5,00	5,00	5,00	
A 9 mDZ					
A 9 mD	1,00	1,00	1,00	1,00	
A 8	0,50	0,50	0,50	0,50	
A 7					
A 6	2,00	2,00	2,00	2,00	
<b>Σ</b>	<b>19,11</b>	<b>17,58</b>	<b>19,32</b>	<b>19,32</b>	<b>+0,21</b>

**tariflich Beschäftigte**

EG	Soll 2008	tatsächlich besetzt am 30.06.2008	Soll 2009 -HFA 14.10.08-	Soll 2009 -neu-	Veränderung 2008 zu 2009
15					
14					
13	0,52	0,52	0,52	0,67	+0,15
12	1,00	1,00	1,00	1,00	
11	2,00	2,00	2,00	2,00	
10	2,00	2,00	2,00	2,00	
9	2,00	2,00	2,00	2,00	
8	2,78	2,78	2,78	3,78	+1,00
7					
6	8,70	8,17	8,70	7,70	-1,00
5	4,31	4,31	4,31	3,75	-0,56
4					
3					
2					
1					
<b>Σ</b>	<b>23,31</b>	<b>22,78</b>	<b>23,31</b>	<b>22,90</b>	<b>-0,41</b>

<b>Veränderung gesamt</b>	<b>-0,20</b>
---------------------------	--------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Beratung Stellenplan 2009, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung**  
**Vorlage: 042/09**

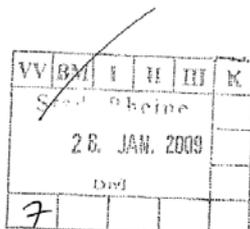
2: 15

Herr Roscher erläutert den Antrag der SPD-Fraktion im Stellenplan die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten von 0,5 auf 1,0 Planstellen zu erhöhen.

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
 Fraktion im Rat der Stadt Rheine



Frau Bürgermeisterin  
 Dr. Angelika Kordfelder  
 Rathaus



**Anschrift:**  
 Hohe Lucht 5 - 48431 Rheine  
 Fon (0 59 71) 5 77 66  
 Fax (0 59 71) 5 08 30

**Internet-Adresse:**  
[www.SPD-Rheine.de](http://www.SPD-Rheine.de)

**Bankverbindung:**  
 Stadtparkasse Rheine  
 Konto-Nummer: 7 026 180  
 Bankleitzahl: 403 500 05

26. 01. 2009

**Haushalt 2009 / Stellenplan / Gleichstellungsbeauftragte**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

die SPD Fraktion beantragt im Zusammenhang mit den Beratungen zum Haushalt 2009 im Stellenplan die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten von 0,5 auf 1,0 Planstellen zu erhöhen.

**Begründung:**

Leider ist noch immer fest zu stellen, dass die Berufschancen von Frauen schlechter sind, als die von Männern. Dies liegt sehr häufig daran, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerade für Mütter schwerer zu realisieren ist als für Väter.

Es bedarf deshalb einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit nach innen in die Mitarbeiterschaft der Stadtverwaltung und nach außen in die gesellschaftliche Öffentlichkeit, um dem Anspruch aus Artikel 3 unseres Grundgesetzes gerecht zu werden.

Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung erfordert deshalb eine volle Stelle, um sowohl die Kernaufgaben des Gleichstellungsgesetzes, als auch die Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen, die Weiterentwicklung des Frauenförderplanes und die Aktivitäten zur verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherstellen zu können.

i. A.

*Jürgen Roscher*  
 Jürgen Roscher

Der gestellte Antrag finde in der CDU-Fraktion keine Zustimmung, so Frau Nagelschmidt. Durch die Ausgliederung der Technischen Betriebe AöR sei eine Aufstockung nicht notwendig. Die angespannte Haushaltslage sowie die Tatsache, dass der gesetzlichen Grundlage genüge getan sei, ließe der CDU-Fraktion keine andere Wahl als den Antrag abzulehnen.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:            8 Ja-Stimmen  
    11 Nein-Stimmen

Der Änderungsantrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Stellenplan des Sonderbereiches 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

**Stellenplan 2009**  
**Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung**

**Beamte**

BesGrp	Soll 2008	tatsächlich besetzt am 30.06.2008	Soll 2009 -HFA 14.10.08-	Soll 2009 -neu-	Veränderung 2008 zu 2009
B 7	1,00	1,00	1,00	1,00	
B 3	2,00	2,00	2,00	2,00	
B 2					
A 16	1,00	1,00	1,00	1,00	
A 15	0,35	0,35	0,35	0,35	
A 14	1,00	1,00	1,00	1,00	
A 13 hD	1,13	1,13	1,13	1,13	
A 13 gD					
A 12	5,00	5,00	5,00	5,00	
A 11	2,81	2,69	3,81	3,81	+1,00
A 10	2,00	2,00	2,00	2,00	
A 9 gD					
A 9 mDZ					
A 9 mD					
A 8	1,00	1,00	1,00	1,00	
A 7					
A 6					
<b>Σ</b>	<b>17,29</b>	<b>17,17</b>	<b>18,29</b>	<b>18,29</b>	<b>+1,00</b>

**tariflich Beschäftigte**

EG	Soll 2008	tatsächlich besetzt am 30.06.2008	Soll 2009 -HFA 14.10.08-	Soll 2009 -neu-	Veränderung 2008 zu 2009
15					
14					
13					
12	1,00	1,00	1,00	1,00	
11	2,28	1,28	1,50	1,50	-0,78
10	0,50	0,50	0,50	0,50	
9					
8	1,00	1,00	2,13	2,13	+1,13
7	1,00	1,00			-1,00
6	3,64	3,64	3,76	3,76	+0,12
5					
4					
3					
2					
1					
<b>Σ</b>	<b>9,42</b>	<b>8,42</b>	<b>8,89</b>	<b>8,89</b>	<b>-0,53</b>

**Veränderung gesamt +0,47**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Beratung Stellenplan 2009, Fachbereich 8 - Wohn- und Grundstücksmanagement**  
**Vorlage: 050/09**

2:13

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Stellenplan des Fachbereiches 8 'Wohn- und Grundstücksmanagement' in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

**Stellenplan 2009**  
**Fachbereich Wohn- und Grundstücksmanagement**

**Beamte**

BesGrp	Soll 2008	tatsächlich besetzt am 30.06.2008	Soll 2009 -HFA 14.10.08-	Soll 2009 -neu-	Veränderung 2008 zu 2009
B 7					
B 3					
B 2					
A 16					
A 15	1,00	1,00	1,00	1,00	
A 14					
A 13 hD					
A 13 gD	0,25	0,25	0,25	0,25	
A 12	2,00	1,88	2,00	2,00	
A 11	3,00	2,73	3,00	3,00	
A 10					
A 9 gD					
A 9 mDZ	1,50	1,50	1,50	1,50	
A 9 mD	1,00	1,00	1,00	1,00	
A 8	2,00	1,00	1,00	1,00	-1,00
A 7					
A 6					
<b>Σ</b>	<b>10,75</b>	<b>9,36</b>	<b>9,75</b>	<b>9,75</b>	<b>-1,00</b>

**tariflich Beschäftigte**

EG	Soll 2008	tatsächlich besetzt am 30.06.2008	Soll 2009 -HFA 14.10.08-	Soll 2009 -neu-	Veränderung 2008 zu 2009
15					
14					
13					
12				1,00	+1,00
11	1,00	1,00	1,00		-1,00
10					
9	1,50	1,50	2,00	2,00	+0,50
8	4,00	4,00	3,00	3,00	-1,00
7					
6					
5					
4					
3					
2					
1					
<b>Σ</b>	<b>6,50</b>	<b>6,50</b>	<b>6,00</b>	<b>6,00</b>	<b>-0,50</b>

**Veränderung gesamt -1,50**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2009 - 2012, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung  
Vorlage: 066/09**

2:22

Herr Künstler bezieht sich auf die Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 8 und teilt hierzu mit, dass die zusätzlichen Personalkosten noch nachzutragen seien.

Aufgrund der Stellenausweitungen im Fachbereich 3 und Fachbereich 4 sowie der noch anstehenden Fachausschussberatungen, bittet Herr Niehues um eine Zusammenstellung aller sich ergebenden Personalstellen und Personalkosten.

Herr Niehues bezieht sich auf den Entwurf des Feuerwehrbedarfsplans und deutet an, dass im Bereich rechts der Ems Defizite entstehen könnten. Die CDU-Fraktion werde sich in den nächsten Jahren mit dieser Thematik befassen und erkennbare Defizite verändern. Derzeit stelle seine Fraktion keine Änderung im Finanzplan, da das Thema noch nicht ausreichend aufgearbeitet sei.

Die CDU-Fraktion stellt folgende Änderungsanträge:

Produktgruppe 33, Feuerwehr und Rettungsdienst  
Erhöhung um 100.000 Euro bei der Ertragsart 6, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Produktgruppe 34, Bürgerservice  
Erhöhung der Transferaufwendungen  
10-prozentige Erhöhung des Zuschusses zum Betrieb der Verbraucherberatung (von der Summe 60 T€) sowie des Tierheimes (von der Summe 49 T€)

Herr Künstler nimmt Stellung zum Änderungsantrag der Produktgruppe 33 und erläutert, dass eine gewisse Risikobereitschaft daraus hervorgehe. Die Abrechnung werde durch den Kreis gefertigt und das Ergebnis müsse man zur Kenntnis nehmen. Eine Änderung der Ansätze sei mit Risiko behaftet aber möglich.

Zum Änderungsantrag bei der Produktgruppe 34 informiert Herr Künstler über das bestehende Drei-Säulen-Modell bei der Verbraucherberatung sowie der zurzeit bestehenden Regelung zur Unterstützung des Tierheimes.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass vor Kurzem die beteiligten Bürgermeister aus Wettringen und Neuenkirchen sowie der Landrat zum Bereich des Tierschutzvereins Gespräche geführt hätten. Es sei klar signalisiert worden, dass die Umlage nicht verändert werden solle. Die beantragte Erhöhung der Transferaufwendungen um 10 Prozent stelle sie sich daher schwierig vor, da die Stadt Rheine nicht die einzige Kommune ist, die den Träger unterstütze. Man müsse eine andere Modalität finden den Tierschutzverein zu unterstützen.

Herr Niehues stellt klar, dass eine Aufstockung der Mittel nur dann erfolgen dürfe, wenn diese Mittel den Trägern zusätzlich zur Verfügung stehen würden. Die Kosten seien beim Tierschutzverein drastisch gestiegen. Mit der beantragten Unterstützung setze man ein Zeichen, dass die Stadt Rheine bereit sei, freiwillig,

auch über die getroffene Vereinbarung hinaus, mehr Mittel zu geben. Herr Niehues gibt zu bedenken, dass bei einem Wegfall dieser Träger die Übertragung von teilweise Pflichtaufgaben unter Regie der Stadt Rheine deutlich teurer werden würden. Insofern tue man gut daran, eine höhere Unterstützung zu leisten.

Frau Dr. Kordfelder schlägt aufgrund der anderslautenden Vertragssituation vor, den Antrag als eingebracht zu betrachten. Die Verwaltung werde eine andere Möglichkeit der Förderung überprüfen, die dann den Trägern zu gute komme.

Herr Lütkeemeier klärt auf, dass durch die Veranschlagung gewisser Positionen im Haushalt kein Anspruch Dritter ergebe. Man könne so verfahren wie vorgeschlagen wurde. Die Problematik werde man im Laufe des Jahres wieder aufgreifen.

Für die SPD-Fraktion teilt Herr Roscher mit, dass sie den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Produktgruppe 34 unter der Voraussetzung mittragen, dass den Trägern dadurch ein Mehrwert entstehe. Eine Kostenverlagerung zugunsten anderer Kommunen dürfe dadurch nicht entstehen.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über die Änderungsanträge abstimmen.

Produktgruppe 33, Feuerwehr und Rettungsdienst  
Erhöhung um 100.000 Euro bei der Ertragsart 6, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 7 Enthaltungen

Produktgruppe 34, Bürgerservice  
Erhöhung der Transferaufwendungen  
10-prozentige Erhöhung des Zuschusses zum Betrieb der Verbraucherberatung (von der Summe 60 T€) sowie des Tierheimes (von der Summe 49 T€)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **Beschluss:**

Der Haupt und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 3 – Recht und Ordnung- unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2009 - 2012 Fachbereich 4 - Finanzen  
Vorlage: 027/09**

2:52

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 4 – Finanzen unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2009 - 2012 Fachbereich 7 - Interner Service  
Vorlage: 035/09**

2:54

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 7 – Interner Service unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2009 - 2012 Fachbereich 8 - Wohn- und Grundstücksmanagement  
Vorlage: 049/09**

2:54

Herr Niehues bezieht sich auf das Produkt 8203 und beantragt den Zuschuss für die Wohnberatung ältere Menschen mit dem Ansatz von 19.100 EUR um 10 Prozent zu erhöhen.

Herr Hötcker weist darauf hin, dass es sich in dem vorliegenden Fall wie beim TOP 13 um eine Kostenteilung verschiedener Träger handelt. Analog dem Verfahrensvorschlag zu TOP 13 könne hier verfahren werden.

Frau Dr. Kordfelder lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 8 – Wohn- und Grundstücksmanagement unter Berücksichtigung

der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**17. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2009 - 2012  
Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung  
Vorlage: 040/09**

2:56

Herr Niehues beantragt für die CDU-Fraktion die Hauptsumme des Verkehrsvereins in Höhe von 173 T€ um 10 Prozent zu erhöhen.

Frau Dr. Kordfelder lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereiches 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**18. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss**

2:58

Frau Dr. Kordfelder verliest folgenden Vermerk.

## V e r m e r k

**TOP 18 – Eingaben an den Rat bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss  
hier: Bekanntgabe von Anträgen der Stadtteilbeiräte**

Die Stadtteilbeiräte Bentlage/Wadelheim/Wietesch/Schleupe sowie Schotthock haben je einen Antrag zur Beleuchtung der Fuß- und Radwegeverbindung über die Delsenbrücke eingereicht.

Der Stadtteilbeirat Schotthock nimmt in seinem Antrag zum Beschluss des Bauausschusses vom 20. November 2008 „Konzept zur Beleuchtung in Außenbereichen, Umgang mit Anträgen der Stadtteilbeiräte“ Stellung.

Beide Stadtteilbeiräte sehen eine Anlegung der Beleuchtung in Außenbereichen durch Eigenleistungen der Beiräte als nicht realisierbar an.

**Verfahrensvorschlag:**

Verweisung der Anträge zur weiteren Beratung an den Bauausschuss der Stadt Rheine.

**Ergänzende Information:**

Auf Wunsch des Stadtteilbeirates Schotthock findet am 4. Februar 2009 ein Gespräch zwischen Vertretern des Stadtteilbeirates Schotthock, der Verwaltung und der Technischen Betriebe zum Projekt statt. Der Stadtteilbeirat möchte einige Detailfragen klären.

**Schotthock**

An die  
Bürgermeisterin der Stadt Rheine  
Frau Dr. Angelika Kordfelder  
Klosterstr. 14  
48431 Rheine

VV	BM	X	II	III	K
Stadt Rheine					
19. JAN. 2009					
ESVI					
Stabs- stellen 7BR Frau Gilchke					

17. Januar 200

**Beleuchtung der Fuß- und Radwegeverbindung über die Delsenbrücke**  
**Bauausschussbeschluss vom 20.11.2008**

**Antrag**

Der Stadtteilbeirat Schotthock beantragt, der Bau- und Betriebsausschuss möge wegen der besonderen Situation über die Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke zwischen Bentlager Weg und Krafeldweg erneut beraten.

**Begründung**

Der Bau- und Betriebsausschuss hat in seiner Sitzung am 20.11.2008 ein neues Konzept für die Beleuchtung in Außenbereichen beschlossen.

Der Stadtteilbeirat Schotthock nimmt aus folgenden Gründen zu diesem Beschluss Stellung:

1. Der Beschluss ist sicherlich anwendbar bei kleineren Ergänzungen der Straßenbeleuchtung um einige wenige Straßenleuchten mit kurzen Anbindungen an schon bestehende Straßenbeleuchtungsanlagen.
2. Das Modell Rodde-Tovarstraße ist aus folgendem Grund nicht auf das gesamte Stadtgebiet anwendbar.  
Der Stadtteilbeirat Rodde hat mit dem Projekt Beleuchtung Tovarstraße im Jahre 2007 am Wettbewerb „Gemeinsam Zukunft gestalten“, ausgeschrieben von der Stadt Rheine und den Stadtwerken Rheine, teilgenommen. Dieses Projekt wurde mit einem Preisgeld von 500 € ausgezeichnet.
3. Der Beschluss des Bau- und Betriebsausschusses ist bei der Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke aus verschiedenen Gründen durch ehrenamtliche Leistungen nicht durchführbar:

- a) Die Gesamtkosten betragen bei einer Streckenlänge von ca. 550 m etwa 30.000,00 €. Bei einer Eigenleistung von 70 % ergeben sich für die Stadtteilbeiräte Kosten in Höhe von 21.000,00 €. Eine so hohe Summe ist bei der derzeitigen Wirtschaftslage durch Sponsoring für ein Beleuchtungsprojekt nicht erreichbar.
- b) Der Fuß- und Radweg ist nur 2,30m breit und hat beidseitig hohe steile Böschungen.
- c) Die Kabeltrasse kann nur im gepflasterten Bereich des Fuß- und Radweges erfolgen. Die Lagerung des Bodenaushubs für den Kabelgraben kann wegen der vorhandenen Topographie nur auf dem Weg erfolgen. Falls der Kabelgraben durch Ehrenamtliche nach Feierabend und am Wochenende erstellt wird, müsste der Übergang über die Delsenbrücke mehrere Wochen, ja Monate, gesperrt werden.
- d) Die Kabeltrasse kreuzt auf der rechten Emsseite die Eisenbahnlinie Rheine – Quakenbrück der Deutschen Bahn AG und die alte Tecklenburger Nordbahn, heute RVM. Eine Zustimmung der beiden Verkehrsträger für eine Unterquerung der beiden Eisenbahnlinsen durch Ehrenamtliche ist nicht zu erwarten.

Aus den vorgenannten Gründen ist erkennbar, dass die Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke durch bürgerschaftliches Engagement und Eigenleistung technisch und finanziell nicht zu leisten ist.

Wir halten es für äußerst bedenklich in Zukunft Baumaßnahmen dieser Art und Größenordnung ehrenamtlich durchführen zu lassen.

Dieses Projekt ist nach unserer Ansicht auch nicht auf einen Stadtteil bezogen, sondern ein wichtiges Infrastrukturprojekt für die gesamte nördliche Stadt Rheine rechts und links der Ems, denn der Fuß- und Radweg über die Delsenbrücke ist eine wichtige Verbindung zu den Gewerbe- und Industriegebieten im Rheiner Norden mit mehreren tausend Arbeitsplätzen.

Für Schichtarbeiter/innen kann diese wichtige Verbindung in den Morgen- und Abendstunden zur Zeit nicht gefahrlos befahren werden.

Außerdem nutzen die Rheiner Bürgerinnen und Bürger u.a. die Delsenbrücke, um zu den beidseitig der Ems liegenden Einrichtungen Kloster Bentlage und Salinenpark mit dem Zoo, Walshagenpark mit dem Bürgerhof und zum Heimathaus Hovesaat zu kommen.

Ebenfalls starten Freizeitsportler und Jogger vom Parkplatz am TaT und queren die Delsenbrücke zur sportlichen Nutzung. Schüler und Jugendliche, die beim FCE trainieren und aus dem Schotthock kommen, sind ebenfalls in den Abendstunden auf eine Beleuchtung angewiesen.

Wir bitten den Bau- und Betriebsausschuss um eine erneute Beratung und die Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke als kleines Infrastruktur-Programm für Rheine in den Haushaltsplan 2009 aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Stegemann  
Stadtteilbeiratsvorsitzender Schotthock

Verteiler: Fraktionsvorsitzende Herrn Josef Niehues CDU Fraktion  
Herrn Jürgen Roscher SPD Fraktion  
Herrn Hans Willems FDR Fraktion  
Herrn Michael Reiske Bündnis 90/Die Grünen



Bürgermeisterin der Stadt Rheine  
Frau Dr. Kordfelder  
Klosterstr. 14  
48431 Rheine

Stadtteilbeirat  
Bentlage/Wadelheim/  
Wietesch/Schleupe  
Vorstand

Unterstützung des Antrags des Stadtteilbeirates Schotthock zur Umsetzung einer Beleuchtung der Delsenbrücke

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

Der Stadtteilbeirat hat in seiner Sitzung vom 18.11.08 folgenden Beschluss gefasst. Der Stadtteilbeirat BWWS unterstützt den Antrag des Stadtteilbeirates Schotthock zur Beleuchtung der Delsenbrücke und bittet die Bürgermeisterin der Stadt Rheine Frau Dr. Kordfelder, für die Umsetzung der Baumaßnahme, die erforderlichen Mittel in den Haushalt 2009 einzuplanen und die Baumaßnahme in 2009 umzusetzen.

Eine Kostenzusage gemäß Vorlage 466/08 des Bauausschusses "Konzept für die Beleuchtung in Außenbereichen" kann durch uns nicht erfolgen.

Bitte haben Sie Verständnis, dass aufgrund der geringen finanziellen Ausstattung des Stadtteilbeirates hier für keine Mittel aufgebracht werden können.

Bezüglich der Umsetzung des Konzepts für die Beleuchtung in Außenbereichen, würden wir uns freuen mit Ihnen und den Stadtteilbeiräten in eine offene Diskussion einzusteigen, um evtl. einige Projekte in 2009 voranzubringen.

Für Ihre Unterstützung bedanken wir uns.

Freundliche Grüße

Gez. der Vorstand des Stadtteilbeirat BWWS

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Vorschlag nicht.

## 19. Einwohnerfragestunde

Der Tagesordnungspunkt wurde nach TOP 6 aufgerufen.

## 20. Anfragen und Anregungen

2:59

Frau Dr. Kordfelder verliest folgende Anträge der CDU-Fraktion:

**Fraktion im Rat der Stadt Rheine**

Josef Niehues, Feldhues Hook 6, 48432 Rheine

Frau Bürgermeisterin  
Dr. Angelika Kordfelder

Rathaus  
48431 Rheine

Josef Niehues  
Feldhues Hook 6  
48432 Rheine  
☎ 05975 / 82 76  
Fax.: 05975 / 35 73  
@: [Josef.Niehues@osnnet.de](mailto:Josef.Niehues@osnnet.de)  
03.02.2009

**Betr: Aktion für Demokratie und Toleranz**

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

Am Samstag wurde unter der Regie von „SIR“ Sicherheit in Rheine, die Aktion 100 Persönlichkeiten für Demokratie und Toleranz vorgestellt.

Die CDU Rheine ist – entgegen der veröffentlichten Informationen – zu keinem Zeitpunkt über diese sehr konkrete Aktion informiert worden. Insoweit gibt es auch keine Stellungnahme von Partei/Fraktion, an einer solchen Aktion nicht teilzunehmen.

Das Gegenteil ist unsere Position: Wir leben in Deutschland in einer parlamentarisch-strukturierten Demokratieform. Parteien sind in dieser Demokratie ein ganz wesentlicher und wichtiger Baustein für die Kommunikation und Gestaltung in unserer Gesellschaft. Eine auch immer wieder diskutierte Parteien- bzw. Politikerverdrossenheit, darf nicht dazu führen, Parteien auszugrenzen, wenn es um Inhalte und Gestaltung von Demokratie und Toleranz in unserer Gesellschaft geht. Das wäre ein völlig falsches Signal.

Die CDU Rheine bekennt sich klar und eindeutig zu den Zielen von mehr Demokratie und Toleranz in unserer Gesellschaft und wir stimmen dem Anliegen - mehr Motivation in der Bevölkerung für die Teilnahme an Wahlen zu organisieren - zu.

Wir beantragen hiermit, den Punkt „Teilhabe der im Rathaus vertretenen Parteien/Fraktionen an der SIR-Aktion für Demokratie und Toleranz auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung am 17.02.09 zu setzen.

Wir bitten die anderen Ratsfraktionen sich ebenfalls für eine Beteiligung an dieser Aktion einzusetzen. Dieses wäre ein starkes Signal für alle!

Darüber hinaus sollte aus unserer Sicht ein entsprechender Ratsbeschluss auch eine positive Resonanz bei allen gesellschaftlichen Gruppen hervorrufen. Wir würden es begrüßen, wenn Stadtteil-Beiräte und viele Kirchen und Glaubensrichtungen, Vereine, Gruppen und Einrichtungen sich positiv für diese Aktion aussprechen würden. Das Anliegen der Arbeitsgruppe von SIR soll und muss in eine breite gesellschaftliche Akzeptanz münden. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Freundliche Grüße

Josef Niehues  
Fraktionsvorsitzender

## Fraktion im Rat der Stadt Rheine



Josef Niehues, Feldhues Hook 6, 48432 Rheine

Frau Bürgermeisterin  
Dr. Angelika Kordfelder

Rathaus  
48431 Rheine

Josef Niehues  
Feldhues Hook 6  
48432 Rheine  
☎ 05975 / 82 76  
Fax.: 05975 / 35 73  
@: [Josef.Niehues@osnnet.de](mailto:Josef.Niehues@osnnet.de)  
15.01.2009

### **Betr: Dank und Anerkennung für das 15. Transport-Hubschrauber-Regiment „Münsterland“ in Rheine-Bentlage**

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

In diesem Jahr kann das 15. Transport-Hubschrauber-Regiment in Rheine-Bentlage sein 50-jähriges Bestehen begehen.

Seit 50 Jahren ist dieses Regiment in der Theodor-Blank-Kaserne in Rheine-Bentlage beheimatet und mit der Stadt Rheine verbunden.

Die Frauen und Männer dieses Regiments erfüllen in dieser Zeit nicht nur ihre Pflicht zur Verteidigung unserer Freiheit und Demokratie. Das Hubschrauber Regiment war zudem an vielen Katastrophen- und Hilfeinsätzen in aller Welt beteiligt.

Beispielhaft sei nur an die Erdbebenhilfe in Pakistan, die Bekämpfung der Feuersbrunst in Griechenland, den UN-Wahlhilfeinsatz im Kongo oder an den Einsatz zur Bekämpfung des Hochwassers im Oderbruch erinnert.

Das Engagement dieses Bundeswehr-Regimentes bedarf aus unserer Sicht des Dankes und der Anerkennung durch die Stadt Rheine, zumal der weltweite Einsatz häufig mit erheblichen persönlichen Risiken der Beteiligten verbunden ist.

Viele Angehörige des Regimentes wohnen in dieser Stadt. Das Regiment insgesamt ist den Bürgerinnen und Bürgern sehr verbunden. Das zeigen auch die vielen Kontakte und Verbindungen zu Einrichtungen in Rheine.

Wir regen an, dass die Stadt Rheine in einer offiziellen Form, dem Regiment als äußeres Zeichen des Dankes und der Anerkennung – unter Beschlussfassung durch den Rat - eine „Ehrenfahne“ überreicht. Es gibt vergleichbare Fälle dieser Art in der Bundeswehr. Wir verweisen hier auf das Beispiel der Stadt Faßberg.

Wir sind auch für alternative Ideen und Vorschläge offen.

**Bevor wir diesen Vorgang offiziell machen, bitten wir Sie, diesen Punkt auf die nächste Sitzung der Fraktionsvorsitzenden zu setzen, um ein möglichst einvernehmliches und abgestimmtes Vorgehen in dieser Sache zu erreichen.**

Den Vorsitzenden der anderen Ratsfraktionen habe ich eine Kopie dieses Antrages zukommen lassen.

Freundliche Grüße

Josef Niehues  
Fraktionsvorsitzender

### **Boden-Bündnis europäischer Städte – Anregung von Herrn Reiske**

Herr Reiske regt an, dass die Stadt Rheine dem Boden-Bündnis europäischer Städte und Gemeinden beitrifft und bittet die Fraktionen hierüber entsprechend zu informieren.

Herr Kuhlmann sagt zu, die Informationen zur Verfügung zu stellen.

### **Haushaltplanentwurf 2009 – Anregung von Herrn Kohnen**

Herr Kohnen bezieht sich auf den digitalen Haushaltsplanentwurf 2009 und bittet zum Produkt 22 die Nummerierung zu 2201, 2203 sowie 2205 zu überprüfen. Darüber hinaus wünsche er sich eine durchgehende Seitennummerierung des kompletten Haushaltsplans.

---

Angelika Kordfelder  
Bürgermeisterin

---

Michael Vogelsang  
Schriftführer